

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Oktober 2014

Inhalt

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen	2
Neue EU-Kommission gewählt: Vera Jourová ist erste Kommissarin für Geschlechtergleichstellung.....	2
Dritter europäischer Jugend-Beschäftigungsgipfel: Barroso fordert Maßnahmen ein.....	2
Arbeits- und Sozialministerrat: Geringe Fortschritte bei der Armutsbekämpfung.....	2
EU-Kommission: Deutschland muss EU-Vorschriften für Schadstoffe in Kinderspielzeug umsetzen.....	2
EP-Ausschuss für Frauenrechte: Gleichstellungspolitik auf dem Prüfstand.....	3
Europäisches Parlament: Initiativen zur Gründung von Intergroups.....	3
Ausgabe 38 des EU-Magazins „Sozial Agenda“ erschienen.....	3
EuGH: Geburtsname darf im Reisepass stehen.....	3
Weitere Nachrichten	4
Friedensnobelpreis 2014: Kampf für Kinderrechte gewürdigt.....	4
Sacharow-Preis: Denis Mukwege soll für Schutz von Frauen ausgezeichnet werden.....	4
Deutschland: Dachverband der Migrantinnenorganisationen (DaMigra) gegründet.....	4
Estland: Parlament stimmt für Homo-Ehe.....	4
Frankreich: Regierung will Kindergeld für Familien mit höherem Einkommen reduzieren.....	4
Luxemburg: Haushaltsentwurf 2015 sieht Kürzungen in der Familienpolitik vor.....	5
Internationaler Tag zur Beseitigung der Armut.....	5
Internationaler Tag der älteren Menschen.....	5
Grundtvig-Projekt zu Sozialer Inklusion und Würde im Alter beendet.....	5
Neues EU-Projekt im Kampf gegen Menschenhandel in Entwicklungsländern.....	5
Erste Europäische Jugendkonferenz in Rom.....	5
Inclusion Europe startet Website zu unterstützten Entscheidungsfindung.....	6
Interparlamentarische Union diskutiert über Geschlechtergerechtigkeit.....	6
Berichte und Studien	6
Monitor zur sozialen Gerechtigkeit in der EU.....	6
Quartalsbericht zur sozialen Lage in der EU.....	6
Bericht der EU-Kommission: „Conditional cash transfers and their impact on children“.....	7
UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Industrieländern.....	7
Eurochild-Beurteilung zur Umsetzung der EU-Grundrechtcharta aus Kinderperspektive.....	7
OSE-Bericht zur Halbzeitauswertung der Strategie Europa 2020.....	7
EU-Kommission: Memo zu Armut und Ungleichheit.....	7
Ausschreibungen der EU-Institutionen	8
EU-Kommission: Transnationale Projekte zu Kinderrechten in Gerichtsverfahren.....	8
EU-Kommission: Projekte für mehr Fachkräfte zum Schutz von Kindern in Gerichtsverfahren.....	8
EU-Kommission: Internetplattform gegen weibliche Genitalverstümmelung.....	8
Eurofound: Studie zu ökonomischen und sozialen Kosten schlechter Wohnverhältnisse.....	8
Bevorstehende Veranstaltungen	8

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

Neue EU-Kommission gewählt: Vera Jourová ist erste Kommissarin für Geschlechtergleichstellung

Die Tschechin Vera Jourová wird Kommissarin für Geschlechtergleichstellung, Justiz und Verbraucher/innen. Europaweit hatten Frauenorganisationen ein Ressort für die Gleichstellung der Geschlechter gefordert – diese Forderung ist im Portfolio Jourovás erstmals erfüllt. Der Ungar Tibor Navracsics (EVP) übernimmt das Portfolio Bildung, Kultur, Jugend (siehe Europa News September 2014). In den Anhörungen fand Navracsics keine Mehrheit für die ursprünglich in diesem Zuschnitt vorgesehene Verantwortung für das Thema Bürgerschaft. Neue Kommissarin für Beschäftigung und Soziales ist die belgische Christdemokratin Marianne Thyssen. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben am 22. Oktober 2014 das neue Kollegium der EU-Kommission bestätigt. Die neue Kommission tritt ihre fünfjährige Amtszeit am 1. November an.

- [Antworten Vera Jourovás auf die Fragen des Ausschusses für die Rechte der Frau](#)
- [Informationen zu den Kommissar/innen und ihren Portfolios](#)

Dritter europäischer Jugend-Beschäftigungsgipfel: Barroso fordert Maßnahmen ein

Am 8. Oktober 2014 fand der dritte Jugendbeschäftigungsgipfel der EU-Staats- und Regierungschefs, der Präsidenten sowie der Kommission und des Europäischen Rates statt. Kommissionspräsident José Manuel Barroso forderte die europäischen Staats- und Regierungschefs auf, ihre Haushaltsverpflichtungen zur Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit einzuhalten – beispielsweise mit der Jugendgarantie (siehe Europa News September 2014). Der Präsident des Europäischen Rates Herman Van Rompuy betonte, das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit weiterhin alarmierend und forderte unter anderem, die wachsenden Kluft zwischen sicherer Beschäftigung und prekärer Beschäftigung zu überwinden. Von letzterer seien insbesondere junge Menschen, Migrant/innen und Frauen betroffen. Die EP-Abgeordneten zeigten sich in ihrer Plenarsitzung am 21. Oktober 2014 enttäuscht über die ausbleibenden Ergebnisse des Gipfels.

- [Pressemitteilung zum dritten Jugend-Beschäftigungsgipfel](#)
- [Rede des Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy](#)  

Arbeits- und Sozialministerrat: Geringe Fortschritte bei der Armutsbekämpfung

Am 16. Oktober 2014 diskutierte der Arbeits- und Sozialministerrat bei einer regulären Tagung über die Halbzeitauswertung der Strategie Europa 2020 für Beschäftigung und Wachstum: Laut Vorsitz des Rates zeige sich ein gemischtes Bild. Die EU sei im Begriff, in den Bereichen Bildung, Klimaschutz und Energie ihre Ziele zumindest teilweise zu erreichen; dies gelte jedoch nicht für die Bereiche Beschäftigung, Forschung und Entwicklung und Armutsbekämpfung. Einigung erzielte der Rat im Hinblick auf die Schaffung einer Europäischen Plattform gegen Schwarzarbeit. Sozialkommissar László Andor begrüßte die Einigung als wichtigen Schritt, die Prävention von Schwarzarbeit zu stärken.

- [Pressemitteilung des Arbeits- und Sozialministerrats](#)  
- [Vermerk des Vorsitzes für den Arbeits- und Sozialministerrat](#) 

EU-Kommission: Deutschland muss EU-Vorschriften für Schadstoffe in Kinderspielzeug umsetzen

Deutschland wendet die gesetzlich vereinbarten EU-Vorschriften über Grenzwerte für Arsen, Quecksilber und Antimon in Kinderspielzeug nicht an. Die EU-Kommission hat Deutschland am 16. Oktober 2014 aufgefordert,

die nationalen Rechtsvorschriften mit den EU-Vorschriften in Einklang zu bringen. Die Kommission ist der Ansicht, dass die EU-Richtlinie über Spielzeugsicherheit Kinder besser vor Schadstoffen schützt. Deutschland vertritt die Auffassung, das geltende deutsche Recht biete ein höheres Schutzniveau – ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) von Mai 2014 hatte dieses Argument allerdings als nicht bewiesen abgelehnt. Nach der Aufforderung der Kommission hat Deutschland zwei Monate Zeit, die Gesetze anzupassen – andernfalls klagt die Kommission vor dem EuGH.

- [Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Sicherheit von Spielzeug](#) 
- [Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs von Mai 2014](#) 

EP-Ausschuss für Frauenrechte: Gleichstellungspolitik auf dem Prüfstand

Wie steht es um die Gleichstellung von Frauen und Männern in Europa? Darüber diskutierten Expert/innen am 13. Oktober 2014 bei einer Anhörung im EP-Ausschuss für Frauenrechte und Gleichstellung. Auf der Agenda standen die Themen Gewalt gegen Frauen und die zukünftige EU-Gleichstellungsstrategie 2015-2020. Die Anhörung diente der Vorbereitung des jährlichen Initiativberichts zu Fortschritten in der Gleichstellungspolitik. In der Diskussion kritisierten die Teilnehmerinnen, dass die finanziellen Mittel zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen häufig zweckentfremdet würden.

- [Informationen des EU-Parlaments zur Anhörung](#)

Europäisches Parlament: Initiativen zur Gründung von Intergroups

Seit der Konstituierung des Europäischen Parlaments im Juli 2014 wurden verschiedene Initiativen zur (Neu-) Gründung von Intergroups, auch hinsichtlich Familien angestoßen. So zeichnen sich Intergroups jeweils zu Jugend, Kinderrechte und Familie ab. Intergroups sind interfraktionelle Arbeitsgruppen, um den informellen Meinungsaustausch über besondere Themen zu führen und den Kontakt zwischen den Mitgliedern und der Zivilgesellschaft zu fördern, ohne jedoch offizielle Organe des EU-Parlaments zu sein. Am 22. Oktober endete die Frist für die Einreichung der Anträge auf Bildung der Intergroups, am 26. November stimmen die einzelnen Fraktionen über ihre endgültige Prioritätenliste dazu ab und am 11. Dezember 2014 erfolgt die jeweilige endgültige Billigung der Gruppen durch die Konferenz der Präsidenten (entspricht im Europäischen Parlament in etwa dem Ältestenrat des Bundestags).

Ausgabe 38 des EU-Magazins „Sozial Agenda“ erschienen

Die aktuelle Ausgabe des Magazins „Sozial Agenda“ der EU-Kommission ist am 09. Oktober 2014 erschienen. Neben dem Schwerpunktthema Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz beinhaltet die Ausgabe ein Interview mit dem Leiter des Referats Soziale Eingliederung und Armutsminderung der Europäischen Kommission, Stefan Olsson.

- [Website der EU-Kommission mit Link zum Herunterladen des Magazins](#)

EuGH: Geburtsname darf im Reisepass stehen

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 02. Oktober 2014 festgestellt, dass es nicht gegen EU-Recht verstößt, wenn außer dem Familiennamen auch der Geburtsname im Reisepass angegeben ist. Neben Familien- und Vornamen könnten auch andere Elemente wie der Geburtsname vermerkt werden – sofern sie eine festere Verbindung zwischen Dokument und Inhaber/in herstellen. Entscheidend sei, dass die Angabe nicht zu Missverständnissen führe. Dazu reiche die Abkürzung „geb“ in deutschen Pässen nicht aus, es

müsse deshalb eine Übersetzung ergänzt werden. Hintergrund dieser Klärung war die Klage eines Mannes vor einem baden-württembergischen Gericht.

- [Urteil des Europäischen Gerichtshofs](#)

Weitere Nachrichten

Friedensnobelpreis 2014: Kampf für Kinderrechte gewürdigt

Unermüdlich im Kampf für die Rechte von Kindern und Jugendlichen – die Pakistanerin Malala Yousafzai und der Inder Kailash Satyarthi haben den Friedensnobelpreis 2014 erhalten. Angesichts von rund 170 Millionen Kinderarbeiter/innen und der anhaltenden Unterdrückung von Mädchen auf der ganzen Welt lobten zahlreiche EU-Vertreter/innen die Auszeichnung als wichtiges Zeichen. Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Herman Van Rompuy betonten: „Die Entscheidung ist eine Hommage an das unbestreitbare Recht auf Bildung für alle Kinder, Gleichberechtigung von Frauen und den wichtigen Kampf gegen ihre Unterdrückung.“

Sacharow-Preis: Denis Mukwege soll für Schutz von Frauen ausgezeichnet werden

Denis Mukwege aus der Demokratischen Republik Kongo erhält den Sacharow-Preis für geistige Freiheit. Die Konferenz der Präsidenten des Europa-Parlaments hat einstimmig entschieden, den Gynäkologen Mukwege für seinen Einsatz für den Schutz von Frauen auszuzeichnen. Der Preis wird am 26. November in Straßburg während der Plenarsitzung übergeben.

Deutschland: Dachverband der Migrantinnenorganisationen (DaMigra) gegründet

Migrantinnenorganisationen in Deutschland haben einen Dachverband gegründet. Der neue Verband ist eine herkunftsunabhängige und frauenspezifische Vertretung und soll die gemeinsamen Interessen der Selbstorganisationen vorantreiben, ihre Sichtbarkeit erhöhen und ihre politische Teilhabe stärken. DaMigra wird vom Bundesfamilienministerium und vom Bundesinnenministerium gefördert.

- [Website von DaMigra](#)

Estland: Parlament stimmt für Homo-Ehe

Das estnische Parlament hat am 09. Oktober 2014 mit knapper Mehrheit für die Einführung einer Zivilehe für gleichgeschlechtliche Paare ab 2016 gestimmt. Estland ist die erste der ehemaligen Sowjetrepubliken, die homosexuellen Paaren einen rechtlichen Schutz durch eine eingetragene Lebenspartnerschaft ermöglicht – und das 15. Land in der Europäischen Union mit einer solchen Regelung. Auch das Recht auf Stiefkindadoption ist in der estnischen Zivilehe vorgesehen. Eine Gleichstellung mit der herkömmlichen Ehe bedeutet das Gesetz allerdings nicht. Vor der Abstimmung hatte es massive Proteste gegeben.

- [Bericht auf der Website der Deutschen Welle](#)

Frankreich: Regierung will Kindergeld für Familien mit höherem Einkommen reduzieren

Die französische Regierung will das Kindergeld ab einem Einkommen von 6.000 Euro kürzen. Bislang war das Kindergeld in Frankreich für alle Familien gleich hoch: rund 129 Euro für Familien mit zwei Kindern, 295 bei drei, 460 bei vier Kinder und für jedes weitere Kind 165 Euro. Familien mit einem Monatseinkommen ab

6.000 Euro sollen zukünftig nur noch die Hälfte, ab 8.000 Euro ein Viertel der bisherigen Summe erhalten. Das Vorhaben stößt auf starke Kritik in der Opposition und muss vom Parlament noch bestätigt werden. Mit dem neuen Kindergeldgesetz hofft die Regierung rund 800 Millionen in der Sozialkasse einsparen zu können.

Luxemburg: Haushaltsentwurf 2015 sieht Kürzungen in der Familienpolitik vor

Die luxemburgische Regierung hat am 15. Oktober 2014 den Haushaltsplan für 2015 vorgestellt. Vorgesehen sind unter anderem die Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte sowie Einsparungen bei der Familienbeihilfe. Verbände kritisieren den Plan als sozial ungerecht.

Internationaler Tag zur Beseitigung der Armut

1992 erklärte die Generalversammlung der Vereinten Nationen den 17. Oktober zum Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut. Sozial-Kommissar László Andor forderte anlässlich dieses Tages die EU dazu auf, die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, gegen Kinderarmut in Europa vorzugehen.

Internationaler Tag der älteren Menschen

Um auf die Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft und auf die Situation älterer Menschen aufmerksam zu machen, haben die Vereinten Nationen 1990 den 01. Oktober zum Internationalen Tag der älteren Menschen erklärt. Europäische Organisationen für ein altersfreundliches Europa haben aus diesem Anlass gefordert, den Einsatz für eine faire Gesellschaft für alle Generationen zu verstärken.

Grundtvig-Projekt zu Sozialer Inklusion und Würde im Alter beendet

Mit dem Ziel der Prävention von Altersarmut und der Förderung sozialer Teilhabe im Alter startete in 2012 das von der EU geförderte zweijährige Grundtvig-Projekt „Social Inclusion and Dignity in Old Age“. Zum Projektende am 30. September 2014 haben die Beteiligten die zentralen Ergebnisse in Form eines Leitfadens herausgegeben. Der Leitfaden bietet Praxisbeispiele und beleuchtet innovative Entwicklungen, Initiativen und Methoden zur Verbesserung der Alltags- und Budgetkompetenzen älterer Menschen in schwierigen Lebenssituationen.

- [Leitfaden „Social Inclusion and Dignity in Old Age“](#)  

Neues EU-Projekt im Kampf gegen Menschenhandel in Entwicklungsländern

Ein neues Entwicklungshilfeprojekt der EU-Kommission soll Zwangsarbeit und Menschenhandel eindämmen. Der EU-Kommissar für Entwicklung, hat am 02. Oktober 2014 ein mit mehr als zehn Millionen Euro ausgestattetes Projekt zum Schutz von Menschen angekündigt, die zwischen Entwicklungsländern migrieren. Im Fokus des Projekts stehen Migrant/innen, die in dem Aufnahmeland hauswirtschaftliche Arbeiten verrichten sowie Migrant/innen, die Opfer von Menschenhandel sind. Zur Begründung betont die Kommission, Migrant/innen seien besonders gefährdet, Opfer von Zwangsarbeit, vor allem in „unsichtbaren“ Bereichen wie der hauswirtschaftlichen Arbeit, oder von Menschenhändlern zu werden.

Erste Europäische Jugendkonferenz in Rom

180 Jugend- und Ministeriumsvertreter/innen aus 28 EU-Ländern sind vom 13. bis 16. Oktober 2014 in Rom zur ersten EU-Jugendkonferenz im Rahmen des Strukturierten Dialogs zum Empowerment junger Menschen

zusammengekommen. Im Mittelpunkt standen zentrale Jugendrechte, wie der Zugang zu Arbeit und zu sozialen Wohlfahrtssystemen. Ziel der Konferenz ist es, junge Menschen am europäischen Dialog zu beteiligen und in Kontakt mit Entscheidungsträger/innen und zu bringen.

- [Website des Strukturierten Dialogs zum Empowerment junger Menschen](#)

Inclusion Europe startet Website zu unterstützten Entscheidungsfindung

Inclusion Europe hat eine Website eingerichtet, die Menschen mit geistiger und andere Behinderung eine Reihe von unterstützten Entscheidungsmodellen anbietet. Ziel des Websiteprojekts ist es, behinderte Menschen in ihrer selbstständigen Entscheidung zu stärken und damit die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention voranzubringen. Die Website „Choices“ bündelt Informationen und Entscheidungshilfen zu unterschiedlichen Lebensbereichen.

- [„Choices-Website“ zur unterstützten Entscheidungsfindung](#) 

Interparlamentarische Union diskutiert über Geschlechtergerechtigkeit

Parlamentarier/innen aus 164 Mitgliedsparlamenten haben sich vom 12. bis 16. Oktober 2014 zur 131. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) in Genf getroffen. In der Generaldebatte der Versammlung diskutierten die Teilnehmer/innen das Thema „Geschlechtergerechtigkeit erreichen und Gewalt gegen Frauen beenden“.

- [Informationen zu Versammlung der IPU](#) 

Berichte und Studien

Monitor zur sozialen Gerechtigkeit in der EU

Wie steht es um die soziale Gerechtigkeit in der EU? Die Bertelsmann-Stiftung hat am 30. September 2014 den Monitor „Social Justice in the EU – A Cross-national Comparison“ herausgegeben. Dieser Index-Bericht vergleicht die soziale Gerechtigkeit in den 28 Mitgliedstaaten anhand von sechs Indikatoren: Armutsbekämpfung, gerechte Bildung, Zugang zum Arbeitsmarkt, soziale Kohäsion und nicht-Diskriminierung, Gesundheit sowie generationenübergreifende Gerechtigkeit. Insgesamt stellt der Bericht ein wachsendes wirtschaftliches und soziales Ungleichgewicht fest.

- [Social Inclusion Monitor Europe: Social: Justice in the EU – A Cross-national Comparison](#)  

Quartalsbericht zur sozialen Lage in der EU

Zum ersten Mal seit 2011 ist die Zahl der Vollzeitbeschäftigung geringfügig gestiegen. Auch sind leichte Verbesserungen bei der Jugendarbeitslosigkeit festzustellen – so der der am 06. Oktober 2014 veröffentlichte Quartalsberichts der Europäischen Kommission über die Beschäftigungssituation und die soziale Lage. Die Arbeitslosenzahlen befinden sich allerdings weiter nah an den historischen Höchstständen. Zwar können seit Mitte 2013 die meisten Branchen ein Beschäftigungswachstum verzeichnen, viele der neu geschaffenen Arbeitsplätze sind jedoch Teilzeit- oder befristete Stellen.

- [Pressemitteilung mit Link zum englischsprachigen Bericht](#)

Bericht der EU-Kommission: „Conditional cash transfers and their impact on children“

Welche politischen Instrumente und finanziellen Investitionen in Kinder können erfolgreich dazu beitragen, die Kontinuität von Armut zwischen den Generationen zu durchbrechen? – dieser Frage geht eine Studie im Auftrag der EU-Kommission vom 16. Oktober 2014 nach. Unter dem Titel „Conditional cash transfers and their impact on children“ untersuchen Expert/innen, wie sich finanzielle Transferleistungen in den Mitgliedstaaten auf die Situation von unter 18jährigen auswirken.

- [Die Studie zum Herunterladen auf der Website der EU-Kommission](#) 

UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Industrieländern

Das UNICEF-Forschungsinstitut Innocenti hat am 28. Oktober 2014 eine Vergleichsstudie zur Lage der Kinder in Industrieländern vorgestellt. Die Studie „Children of the recession: The impact of the economic crisis on child well-being in rich countries“ kommt zu dem Ergebnis, dass Kinder, Jugendliche und deren Familien immer größere Schwierigkeiten haben, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. Rund 2,6 Millionen Kinder in den Industrieländern sind seit der Wirtschaftskrise unter die Armutsgrenze gesunken – besonders betroffen sind die südlichen Mitgliedstaaten der EU.

- [Der Bericht zum Herunterladen auf der UNICEF-Website](#) 

Eurochild-Beurteilung zur Umsetzung der EU-Grundrechtecharta aus Kinderperspektive

Eurochild hat den Jahresbericht der EU-Kommission über die Umsetzung der EU-Grundrechtecharta für das Jahr 2013 aus der Perspektive der Kinderrechte analysiert und die Ergebnisse in einer Beurteilung veröffentlicht. Der Bericht gibt mit der Analyse des Jahresberichts einen Überblick darüber, wie die EU ihre 2009 mit der Charta eingegangenen Verpflichtungen bezüglich der Rechte von Kindern umsetzt und gibt Empfehlungen für weitere Maßnahmen.

- [Eurochild-Bericht zur Umsetzung der EU-Grundrechtecharta](#)  

OSE-Bericht zur Halbzeitauswertung der Strategie Europa 2020

Das European Social Observatory (OSE) hat den im März 2014 erschienenen Halbzeitbericht der Strategie Europa 2020 ausgewertet und im Oktober 2014 einen Bericht dazu veröffentlicht. Laut Bericht seien größere Änderungen an der Strategie Europa 2020 nötig, um die wirtschaftlichen und sozialen Ziele der Strategie zu erreichen. Neben der Analyse enthält der Bericht Handlungsempfehlungen für eine stärkere soziale Inklusion und die Armutsbekämpfung.

- [Der OSE-Bericht zum Herunterladen](#)  

EU-Kommission: Memo zu Armut und Ungleichheit

Am 08. Oktober 2014 hat die Europäische Kommission ein Memo mit Antworten auf häufig gestellte Fragen zum Thema Armut und Ungleichheit in der EU herausgegeben. Gegliedert nach zwölf Fragen enthält das Dokument Zahlen und Informationen zu Armut und ihren Ursachen sowie Maßnahmen der EU.

- [Memo mit häufig gestellten Fragen zu Armut und Ungleichheit](#)

Ausschreibungen der EU-Institutionen

EU-Kommission: Transnationale Projekte zu Kinderrechten in Gerichtsverfahren

Die EU-Kommission ruft auf, Vorschläge für transnationale Projekte zu Kinderrechten in Gerichtsverfahren einzureichen. Das Ziel dieser Ausschreibung ist die Finanzierung von Projekten, die das Bewusstsein von Kindern für ihre Rechte bei Gerichtsverfahren stärken. Frist für die Einreichung von Vorschlägen: 11. Dezember 2014

- [Details zur Ausschreibung](#) 

EU-Kommission: Projekte für mehr Fachkräfte zum Schutz von Kindern in Gerichtsverfahren

Die EU-Kommission hat eine Ko-Finanzierung für Projekte ausgeschrieben, die zum Ausbau der Kapazitäten von Rechtsfachkräften für den Schutz von Kindern bei Gerichtsverfahren beitragen. Antragsberechtigt sind öffentliche oder private Non-Profit-Organisationen mit Sitz in einem EU-Mitgliedstaat. Frist für die Einreichung von Vorschlägen: 15. Januar 2015

- [Details zur Ausschreibung](#) 

EU-Kommission: Internetplattform gegen weibliche Genitalverstümmelung

Die Europäische Kommission ruft auf, Vorschläge für Projekte für die Einrichtung einer Internetplattform zur weiblichen Genitalverstümmelung einzureichen. Die Plattform soll dazu beitragen, weibliche Genitalverstümmelung zu verhindern und bedrohte Frauen und Mädchen zu schützen. Frist für die Einreichung von Vorschlägen: 08. Januar 2015

- [Details zur Ausschreibung](#) 

Eurofound: Studie zu ökonomischen und sozialen Kosten schlechter Wohnverhältnisse

Eurofound, die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, hat einen Auftrag für einen Forschungsstudienbericht ausgeschrieben. Thema ist die „Einschätzung der ökonomischen und sozialen Kosten schlechter Wohnverhältnisse“. Frist für die Abgabe von Angeboten: 19. November 2014

- [Details zur Ausschreibung](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

- European Children's Rights Unit, Department of Politics and International Relations, Eurochild: [„Children's rights and the global economic crisis“](#) (03. November 2014, Brüssel)
- Confederation of Family Organisations in the European Union (COFACE): [„A sustainable care system for Europe in the context of reconciling work and family life“](#) (04. November, Rom)
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Brot für die Welt, SOLIDAR [„Winning the fight against poverty and inequality: A Social Protection Floor for Everyone“](#) (04. November 2014, Brüssel)
- SOLIDAR, Friedrich-Ebert-Stiftung, Global Coalition for Social Protection Floors: [„Universal Social Protection Advocacy Tour“](#) (04./08. November 2014, Brüssel)
- Committee on Women's Rights and Gender Equality of the European Parliament, UN Women, EU-Kommission: [„Spring Forward for Women“](#), (05./06. November 2014 Brüssel)

- IRIS Network, SOLIDAR: [„Roundtable: Supporting Social Investment – the Enlargement Perspective“](#) (06. November 2014, Brüssel)
- French National Solidarity Fund for Autonomy (CNSA): [„Congress on family carers“](#) (05./06. November 2014, Paris)
- Consultative Commission on Industrial Change (CCMI), European Economic and Social Committee, European Federation for Services to Individuals (EFSI): [„6. Europäische Konferenz zu personenbezogenen und Haushaltsdienstleistungen und der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben“](#) (07. November 2014, Brüssel)
- Agentur der EU für Grundrechte (FRA): [„Grundrechtskonferenz 2014 mit Schwerpunkt Migration“](#) (10./11. November 2014, Rom)
- Internationales Zentrum Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (ICEC): [„Monitoring in der frühkindlichen Bildung – Was sagen \(inter\)nationale Längsschnittstudien über die Wirkung früher Bildung auf die kindliche Entwicklung aus?“](#) (17. November 2014, Berlin)
- Working Group on the Quality of Childhood at The European Parliament (QOC): [„The Mental Health Situation of Children and Young People in the European Union: What is the Current Situation and What could be done?“](#) (18. November 2014, Brüssel)
- European Platform against Poverty and Social Exclusion: [„Fourth Annual Convention of the European Platform Against Poverty and Social Exclusion“](#) (20./21. November 2014, Brüssel)
- Eurochild: Jahrestagung [„Children First: Better Public Spending for Better Outcomes for Children & Families“](#) (26. bis 28. November 2014, Bukarest)
- Youth and European Social Work Forum (YES Forum): [„Politikevent und Generalversammlung des europäischen Jugend- und Sozialarbeitforums“](#) (02. Dezember 2014, Brüssel)
- AGE – EU-network on innovation for age-friendly environments: [„Jahreskonferenz des europäischen Netzwerks AGE“](#) (04. Dezember 2014, Brüssel)
- Europarat, European and Mediterranean Major Hazards Agreement (EUR-OPA): [„Conference on Including People with Disabilities in Disaster Preparedness and Response“](#) (04./05. Dezember 2014, Brüssel)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).